

Die Erklärung des Volkshochschulverbandes Baden-Württemberg anlässlich seiner vor der Corona-Krise geplanten und nunmehr abgesagten Jahresversammlung am 3. Juli 2020 in Friedrichshafen hatte folgenden Inhalt, den wir bewusst nicht aufgrund zwischenzeitlicher Entwicklungen verändert haben:

Unsere Demokratie braucht Wissen und Haltung

Die Grenzen des öffentlich Sagbaren haben sich verschoben. Populistische Auffassungen bis hin zu antidemokratischen, extremistischen und rassistischen Äußerungen sind alltäglich viel öfter und deutlich lauter zu hören als noch vor Jahren. Und - kaum zufällig - folgen den Worten Untaten: die Ermordung des Regierungspräsidenten Walter Lübcke, der Anschlag in Halle im Oktober 2019, die Morde von Hanau, die im Februar dieses Jahres neun Menschen mit ausländischen Wurzeln das Leben kosteten, um nur diese drei zu nennen.

Aus Sicht der Wissenschaft erfordert der Klimawandel sofortiges weltweites politisches Handeln in existenziellem Maßstab, sonst sei es für unsere heutige Welt zu spät. Die nicht nur jugendlichen Anhänger*innen der Bewegung „Fridays For Future“ verstehen deshalb nicht, weshalb die politische Mehrheit nicht einfach tut, wonach die wissenschaftliche Wahrheit verlangt. Alles andere sei doch unvernünftig und unverantwortlich.

Sogenannte alternative Fakten, fake news und die digitale Manipulation von Wahlverfahren stellen demokratische Grundlagen in Frage, nämlich die freie Meinungsbildung und die freie Wahlentscheidung. Ebenso verbreitete Hasskommentare einerseits und ausufernde political correctness andererseits. Und nicht zuletzt nähren die Ereignisse im Thüringer Landtag bei der Wahl eines Kurzzeitministerpräsidenten Zweifel am demokratischen Grundkonsens, an der Verlässlichkeit unserer demokratischen Kultur.

Die genannten Herausforderungen: die populistische, die ökologische und die prinzipielle Herausforderung, setzen unsere rechtsstaatliche Demokratie unter erheblichen Druck. Nicht wenige halten sie gar für bereits konkret gefährdet. Was ist zu tun? – Eine notwendige, wenn nicht die zentrale Antwort auf diese Herausforderungen ist demokratische Allgemeinbildung, allgemeine Demokratiebildung.

Allgemeine Demokratiebildung, demokratische Allgemeinbildung erfordert einen Ort, an dem alle Bürger*innen Wissen und demokratische Kompetenzen sowie demokratische Haltungen erwerben und erleben können. Die Volkshochschule versteht sich - auch aufgrund ihrer über hundertjährigen Tradition - als dieser Ort der Demokratie. Sie ist parteipolitisch und weltanschaulich unabhängig und offen für alle Menschen mit und ohne Behinderung, unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität, Alter, ethnischer, nationaler und sozialer Herkunft, kultureller Orientierung sowie religiöser und politischer Anschauung.

Mit politischer Bildung macht die Volkshochschule demokratische Prozesse verständlich. Mit ihrer Bildung für nachhaltige Entwicklung verfolgt sie einen ganzheitlichen Ansatz, der die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen ökologischer Notwendigkeiten im Blick behält. In ihrer Offenheit für Menschen mit unterschiedlichen und gegensätzlichen Auffassungen ermöglicht sie es ihren Teilnehmenden, demokratische Positionen zu entwickeln, undemokratische Positionen zu erkennen und jene Streitkultur einzuüben, die ein demokratisches Zusammenleben in Vielfalt gewährleisten kann. Wir müssen (wieder) lernen, uns mit Argumenten sachlich auseinanderzusetzen, unser Gegenüber zu respektieren, offenen Widerspruch zu ertragen und (aktuell) unaufhebbarke Differenzen auszuhalten.

Zugleich treffen antidemokratische, extremistische, diskriminierende und populistische Positionen in den Volkshochschulen auf den entschiedenen argumentativen Widerspruch der Demokrat*innen: Wenn es um die Demokratie geht, ergreifen die Volkshochschulen Partei.

Die Befähigung zum Diskurs und das Einüben des Diskurses sind zugleich notwendige und zentrale Beiträge zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft, die sich immer weniger durch Homogenität und immer mehr durch Vielfalt und Diversität auszeichnet. Denn der Diskurs integriert, weil er Gewalt verhindert und dem Ausgleich der Interessen wie der Verständigung eine Chance gibt.

Es gilt, diese integrative Wirkung sachlicher öffentlicher Diskurse wieder zu entdecken. Sie lebt von der Unterscheidung zwischen Person und Sache. Und sie lebt von der Unterscheidung von Thema und Meinung: Eine demokratische, eine offene Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass sie zu jedem Thema unterschiedliche Meinungen zulässt.